

Margret Kiener Nellen

Nationalrätin SP / BE
Rechtsanwältin
Dorfstrasse 30
CH – 3065 Bolligen/ BE
Tel.: 031 921 00 08 / 079 507 04 76
E-Mail: kienernellen@bluewin.ch

**Ansprache von Margret Kiener Nellen, Nationalrätin SP/BE,
an der 1. Mai-Feier in Burgdorf am 1.5.2012**

Nein zu einer feudalistischen Schweiz: Mehr Schutz, Lohn, Rente!

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Liebe Kinder, liebe Familien

Es freut mich sehr, diesen 1. Mai hier mit euch in Burgdorf zu feiern und ich danke sehr herzlich für die Einladung.

Der 1. Mai wird in der Schweiz seit 1890 gefeiert und ist der einzige wirklich internationale Feiertag. Millionen von Menschen feiern ihn heute in der ganzen Welt als Zeichen der Solidarität und des Kampfes für eine soziale, gerechte und solidarische Welt.

Ich trage heute auch eine Wut in mir.

Eine grosse Wut über die brutale Massenentlassung von 1'300 Mitarbeitenden der Merck-Serono in Genf letzte Woche. Daher geht unsere besondere Solidarität heute an die 1'300 Entlassenen von Merck- Serono in Genf.

Ich möchte aber auch DANKE sagen. Einen grossen Dank an alle Arbeiterinnen und Arbeiter, die hier in der Industrieregion Burgdorf arbeiten. Ihr seid es, die – unter (zu) hohem Leistungsdruck – diese Produktivität, diesen Mehrwert, und den allgemeinen Wohlstand der Schweiz erarbeitet habt!

Ich denke besonders an den Maschinenbau, die Mikrotechnik sowie die Dienstleistungen, die es dafür braucht.

Dank Eurer Arbeit, Eurer Präzision, Eurer Zuverlässigkeit und Eurer Innovation gehört die Schweiz zu den besten Industrienationen weltweit mit ihren Spitzenprodukten.

Ich weiss, dass die Region Burgdorf auch einen herben Verlust zu verschmerzen hat. Mit der Verlagerung des „Tech“ oder der heutigen Fachhochschule mit ihren technischen Branchen nach Biel. Und da möchte ich Euch den Mut und die Energie zusprechen, Eure bisherigen Betriebe und Kompetenzen umso dezidierter weiter zu entwickeln. In den technischen Bereichen, aber auch in der Solarproduktion und in den Gebäudesanierungen und erneuerbaren Energien ganz allgemein. Da steckt ein riesiges Arbeitsvolumen drin für die nächste Generation, bis wir den Ausstieg aus den AKW voll geschafft haben werden!

Doch solange wir den überbewerteten Schweizerfrankenkurs haben, besteht die grosse Gefahr der schleichenden Desindustrialisierung, der Produktionsverlagerung ins Ausland, weiter. Seit langem fordern wir Gewerkschaften und linken Parteien eine Industriepolitik für die Schweiz. Eine Industriepolitik, welche die renommierte „Schweizer Qualität“ langfristig sichert.

Der starke Franken ist auch eine Bedrohung für den Industriepplatz Schweiz. Er ist das Resultat der Spekulationen auf den Finanzmärkten. Auch gerade die Grossbanken machen munter weiter mit ihrem Casino-Kapitalismus. Sie wetten gegen den Schweizer Franken und tragen damit zur Bedrohung unserer Arbeitsplätze bei. Wir brauchen dringend internationale Regeln zur Bändigung der entfesselten Finanzmärkte. Die Macht der Finanzspekulanten ist nicht grenzenlos, wenn wir die richtigen Massnahmen treffen. Es braucht zum Beispiel eine Steuer auf den Finanztransaktionen, wie ich sie mit einer Motion verlange – doch noch immer fehlt der politische Wille dazu!

Wir müssen verhindern, dass der Franken in unserem Land ein Industriesterben auslöst und weitere Arbeitsplätze ausgelagert werden. Die Schweiz soll ein Werkplatz bleiben und darf nicht nur noch aus Banken, Versicherungen und Dienstleistungen bestehen. Unser Know-how in der Produktion ist unser wahres Kapital. Unsere Währung muss uns nützen und darf der Wirtschaft nicht schaden.

Die Nationalbank sollte dringend die Untergrenze EURO/CHF erhöhen auf 1.30, später 1.40.

Die Schweiz hat 3 Scheren zu viel: die Lohnschere, die Vermögensschere und die Steuerschere

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat letzte Woche seinen neuen Verteilungsbericht präsentiert: Der Bericht zeigt, dass die Einkommensschere immer

weiter auseinandergeht. Die Gründe dafür sind: Einerseits die Löhne, die unten fast nicht mehr ansteigen, aber nach oben explodieren. Andererseits die Steuer- und Gebührenpolitik. Die Verlierer der Einkommensverteilung der letzten Jahre waren die tiefen und mittleren Einkommen. Diese Löhne stiegen deutlich weniger stark, während sie für Mietzinse und Krankenkassen immer mehr ausgeben müssen. Einzelhaushalte mit tiefen und mittleren Einkommen hatten 2010 weniger frei verfügbares Einkommen als zehn Jahre zuvor. Über ein Viertel der Haushalte mit Kindern hat mittlerweile zu wenig Einkommen und Ersparnis, wenn unerwartete Ausgaben wie zum Beispiel eine Zahnbehandlung nötig werden oder man eine neue Brille braucht.

Wenn 1 Prozent der Schweizer Bevölkerung mehr besitzt als die 99 % anderen, dann sind wir zurück in einem Feudalstaat. Die Schweiz ist Weltmeister geworden in der ungleichen Verteilung der privaten Vermögen.

Gewinner sind die hohen und höchsten Einkommen. Gar nicht zu reden von den Spitzensalären. Trotz Krise bereichern sich die Manager und Aktionäre weiterhin schamlos. Die hohen Einkommen erhielten deutlich mehr Lohn und profitierten von der Steuerpolitik, welche die Oberschicht begünstigt hat. Und es kommen immer wieder Vorstösse, die Reichen noch mehr zu schonen.

Jüngstes Extrembeispiel ist die **Unternehmenssteuerreform II**. Sie beschert den Aktionären Milliarden von steuerfreien Dividenden. Wir haben sie mit dem Referendum bekämpft. Und sie ist nur haarscharf angenommen worden, weil der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein das Volk hinters Licht geführt hat, wie das Bundesgericht 2011 aufgrund meiner Beschwerde dagegen festgestellt hat. Dieses Geld fehlt nun für wichtige Investitionen, zum Beispiel für Investitionen in die Bildung. Und zwar in den Gemeinden und Städten – Ausfälle bei der Einkommenssteuer – sowie bei den Kantonen wie im Bund. Die Zeitung „Sonntag“ hat vorgestern öffentlich gemacht, dass ausgerechnet die UBS jetzt versucht, 15 Milliarden Dividenden steuerfrei an ihre Aktionäre auszuzahlen. Und zwar, indem sie ihre Bilanzen und Generalversammlungsbeschlüsse aus früheren Jahren manipuliert. Ausgerechnet die UBS, 2008 mit 68 Milliarden vom Bund im Schlamassel gerettet, und seither wegen der Verlustvorträge keine Gewinnsteuern bezahlt! Und sich dafür als den neuen grossen Mäzen aufplustert für die

- Finanzierung von 5 Professorenstellen an der Universität Zürich und
- Die Finanzierung von politischen Parteien, die ihr genehm sind.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende: Das ist auch die feudalistische Schweiz, die wir umkrempeln müssen!

→ Wir kämpfen für **mehr Schutz!**

Druck auf die Löhne kommt auch von skrupellosen Arbeitgebern, die via Subunternehmertum und Scheinselbständigkeit korrekte Arbeitsbedingungen aushebeln. Zudem sind Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen immer noch

nicht gegen Kündigungen geschützt. Wir fordern, dass der Bundesrat hier jetzt vorwärts macht.

→ Wir kämpfen für **mehr Lohn!**

Spitzenverdiener, Boni-Bezüger und sogenannte «Top-Manager» haben sich in den letzten Jahren einen immer grösseren Teil des Lohnkuchens unter den Nagel gerissen. Unternehmensgewinne flossen vor allem in die Taschen von Aktionären und Spekulanten. Für die Arbeitnehmenden blieb wenig bis gar nichts übrig, manchmal gar nur Lohnkürzungen oder Arbeitszeitverlängerungen.

Und die Frauen werden beim Lohn immer noch krass diskriminiert. Wir wollen einen Mindestlohn von mindestens 4000 Franken und Frauen müssen endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten!

Existenzsichernde Renten für alle!

→ Wir kämpfen für **anständige Renten!**

Seit Jahrzehnten steht in der Bundesverfassung, dass die AHV und Pensionskasse zusammen so hoch sein müssen, dass man damit die gewohnte Lebenshaltung im Alter weiterführen kann. Dieser Verfassungsauftrag ist bis heute nicht eingelöst.

Der Bundesrat und die rechten Parteien im Parlament wollen die Renten im Gegenteil seit Jahren immer mehr kürzen. Diese Angriffe auf unsere Renten müssen wir entschieden kontern.

Eine andere Welt ist möglich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine andere Welt ist möglich! Eine soziale, solidarische, gerechte Welt. Kapital dafür ist genug vorhanden – besonders in der Schweiz! Es geht um die gerechte Verteilung. Es geht um Gerechtigkeit. Es ist an uns allen, uns dafür zu engagieren. Jeden Tag.

Und nicht zuletzt, indem wir unsere Gewerkschaften mit neuen Mitgliedern stärken. Sie sind der einzige Garant für gute Arbeitsbedingungen. Organisiert erreichen wir viel mehr denn als Einzelkämpferinnen. Die Branchen mit gewerkschaftlich ausgehandelten Gesamtarbeitsverträgen liefern den Tatbeweis!

Erlaubt mir zum Schluss, Euch zu empfehlen, bei den Juni-Abstimmungen 3 x NEIN einzulegen:

- NEIN zur unsozialen Gesundheitsvorlage mit dem englischen Namen
- NEIN zur Initiative Eigene vier Wände dank Bausparen
- NEIN zur Initiative der AUNS „Staatsverträge vors Volk“

Ich wünsche euch allen noch eine fröhliche 1. Mai-Feier und danke für die Aufmerksamkeit.

Margret Kiener Nellen
Nationalrätin SP/BE

1. Mai 2012